

Dokumentation der Inhalte von der Konferenz:

„Digitale Demokratie – Zieht die Politik ins Internet um? Potentiale und Risiken von Netzpolitik“

Dresden, 12.März 2011

Die Dokumentation umfasst die Eröffnungsbeiträge des Podiums, die Statements aus beiden Workshops sowie die Zusammenfassung einiger Ergebnisse und Reaktionen der Teilnehmenden.

Inhaltsverzeichnis

1.) Einleitung	02
2.) Eröffnungsvorträge	03
A) Klaus Nicolai	03
B) Julia Bonk (MdL)	06
C) Christoph Meißelbach	08
3.) Workshopphase	10
A) Mehr politische Beteiligung durch WEB 2.0?	10
B) BürgerInnenrechte, Netzneutralität und Datenschutz	13
4.) Dokumentation twitterwall	15
5.) Zusammenfassung und Fazit	16

1.) Einleitung

Am 12. März 2011 fand die Konferenz „Digitale Demokratie – Zieht die Politik ins Internet um?“ im Kulturrathaus in Dresden statt. Der Veranstalter, die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag lud Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein, um kontrovers über Chancen und Risiken des modernen Internet zu debattieren. Im Fokus stand dabei die Frage, in wie weit das Internet zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beitragen kann. Im Rahmen von Vorträgen und Workshops wurde sich vielseitig mit den Themen Netzdemokratie, Netzneutralität, Bürger_innenrechte und Datenschutz auseinandergesetzt. Diese Dokumentation enthält Vorträge, Projektvorstellungen, Diskussionsbeiträge und Ergebnisse von der Konferenz. Wir wünschen den Leser_innen dieser Broschüre viel Spaß und Interesse. Ein besonderer Dank gilt den Referent_innen für die Bereitstellung ihrer Beiträge.

Die Fraktion informiert weiterhin im Internet über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Digitalen Demokratie:

www.digitaledemokratie.de

Julia Bonk (MdL)
Benjamin Winkler

2.) Eröffnungsvorträge

A) Klaus Nicolai

Klaus Nicolai hat Kulturwissenschaften studiert und ist derzeit Vorstandssprecher für Projektentwicklung bei der Transmedia Akademie Dresden Hellerau. Im Rahmen der Konferenz ging Nicolai vor allem auf den Zustand der aktuellen Demokratie ein und betrachtete dabei besonders die emanzipatorischen Potenziale der Netzgesellschaft. Weiterhin wurde das Virtuelle Parlament (VIPA) vorgestellt.

Thesen zur Netzplattform Virtuelles Parlament

Die überkommenen klassischen Formen des Parlamentarismus und die darauf gegründete Praxis der parteientrierten Stellvertreterdemokratie befinden sich mit der Entfaltung der wirtschaftlichen und technischen Globalisierung weltweit in einer tiefen Krise. Auf der anderen Seite scheitern auf fatale Weise herrschaftsstrategische Ansätze einer wie auch immer betriebenen politischen Einflussnahme auf monetär, religiös, zentralistisch und patriarchalisch zentrierte Gesellschaften sowie die Bekämpfung von kriminellen, extremistischen und terroristischen Auswüchsen.

Die Welt geht schwanger mit einem unglaublichen technischen, ökonomischen, kulturellen und intellektuellen Potenzial!

So betrachtet erleben wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts und des dritten Jahrtausends nach Christi Geburt die „Geburtswehen“ einer neuen Weltzivilisation. Wir verfügen bei dieser schmerzvollen Geburt (noch) nicht über eine bewährte Routine, nicht über „Kreissäle“ sowie entsprechend bewährte Instrumente, Institutionen und Qualifikationen. Eben weil dieser Geburtsvorgang einer anderen Zivilisation historisch immer einmalig ist, schließt er auch das Risiko einer „Fehlgeburt“ ein. (In vielen Regionen herrschen Hunger, Krieg, und Bildungsnotstand mit Opfern, die alle bisherigen zivilisatorischen Katastrophen in den Schatten stellen!)

Eine „Fehlgeburt“ im großen Stil würde aber eine enorme Bedrohung für die weitere Existenz der gesamten Menschheit bedeuten, so dass wir heute alle Kräfte darauf konzentrieren müssen, die Radikalität und das Potenzial der schon im Prozess befindlichen Veränderungen wahrzunehmen und entsprechende Tendenzen und Wege der Transformation zu stärken. Es geht dabei auch und vor allem um die *Entfaltung einer Zivilisationspolitik*, die sich deutlich von bisherigen – nationalistisch, parteientriert, autokratisch, monetär oder religiös geprägten – politischen Herrschaftsformen unterscheidet.

Die ersten Elemente einer translokalen Politik der universalen und vernetzten Kommunikation, Bildung, Beteiligung und Abstimmung entfalten sich gegenwärtig mit rasanter Geschwindigkeit auf Basis der neuen, horizontal vernetzten Medientechnologien. Die mehr oder weniger spektakulären Formen einer Verknüpfung von parlamentarischer und Netzkommunikation sind möglicherweise Übergangsformen oder Elemente einer netzgestützten politischen Kultur des 21. Jahrhunderts. Wir erleben jenseits der Integration der Netzkommunikation in hierarchische, personen- und parteientrierte politische Machtstrukturen einen regelrechten Absturz der Vertikale in die Horizontale des elektronischen Netzes – ein Kaleidoskop von unterschiedlichsten Plattformen und Bewegungen jenseits der klassischen politischen Wahrnehmung und Öffentlichkeit.

1. Demokratische Verhältnisse und Verhaltensweisen entfalten sich qualitativ und quantitativ in Abhängigkeit zur Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen. Die aktuellen Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer breiten politischen Partizipation werden in

den industriegesellschaftlichen Demokratien – insbesondere auch in der Bundesrepublik Deutschland – immer offensichtlicher verfehlt. Symptome dafür sind die permanent rückläufige Wahlbeteiligung, der Verlust an erkennbaren politischen Profilen und Visionen sowie deutliche Tendenzen zu „Lobbyismus“, „Expertenautokratie“, „Tagesdemoskopie“, „Personenzentrierung“, „Emotionalisierung“, Manipulation sowie die latente politische Etablierung des Rechtsextremismus.

2. Die historische Evolution von politischen Verhältnissen im Sinne der *Übertragung, Vertretung, Repräsentation, Abstimmung* und *Durchsetzung* von gesamtgesellschaftlich übergreifenden Interessen und Zielen ist neben den jeweiligen partiellen wirtschaftlichen und sozialen Interessenlagen abhängig vom Entwicklungsstand

- der politisch relevanten Bildung und Wissenschaft
- den Verhältnissen und Mitteln der Kommunikation sowie
- den daraus erwachsenden Spielräumen der individuellen sowie kollektiven politischen Partizipation.

3. Der mittlerweile fast inflationär gebrauchte Begriff „Zuschauerdemokratie“ verweist nicht nur auf eine mediale Distanz, sondern vor allem auch auf eine grundsätzliche Entfernung breiter Schichten von Inhalten und Zielen der Politik.

Ursachen dafür liegen in

- der latenten Symbiose zwischen Monopol-Geld-Wirtschaft und Politik
- verfestigten Institutionen und Mechanismen des Parlamentarismus
- der strukturellen „Zeitnot“ (Erfolgsdruck und Erwerbslosigkeit)
- der Komplexität und Globalisierung politischer Regulierungen
- der strukturellen Krise der Bildung inklusive der politischen Bildung
- in Widersprüchen zwischen überkommenen politischen Verhältnissen der Kommunikation und den neuen horizontalen, netzbasierten Kommunikationsweisen begründet.

4. Besonders der sich rasant entfaltende Widerspruch zwischen vertikal bzw. zentralistisch strukturierten Kommunikationsverhältnissen und den politischen Potenzialen der horizontal und translokal vernetzten Internetkommunikation bildet mit hoher Wahrscheinlichkeit die *entscheidende Bruchstelle als auch das Transformationsfeld* bezüglich einer politischen Kultur des 21. Jahrhunderts. Anstelle des Modells *wenig Sender* und *massenhafte Empfänger* tritt das Modell der *vernetzten Citizen-User*, der politischen Communities, die sich potenziell als Sender-Empfänger („Prosumer“) zur Basisinstanz eines demokratischen E-Government entwickeln können.

5. Hier entfaltet sich ein qualitativ neues Feld der *Bildung* einer lokalen wie translokalen politischen Gesellschaftlichkeit: An die Stelle mehr oder weniger sprunghafter oder verzögerter vertikaler politischer „Neuordnungen“ von Oben (Revolutionen, Reformen usw.) tritt ein mit der Lebenswelt und der individuellen wie sozialen Praxis stärker verbundenes mediales Verständigungs-, Übertragungs- und Abstimmungspotential: die *universale direkte und zugleich translokale Netzkommunikation*.

6. Nicht nur die kollaborative Herstellung der Software *Linux* oder die kollektive Wissensplattform *Wikipedia*, sondern auch die mit dem so genannten *web 2.0* entstandenen Potenziale von „*Social Software*“ und „*Political Network*“ können – bei aller Abhängigkeit von Netzmonopolen und Tendenzen zur Fragmentierung – als Elemente einer *neuartigen Kommunikations- und Produktionsweise* verstanden werden. Nicht das Streben nach egomanischer Hyperpräsenz,

Manipulation und Profit, sondern der *persönlich motivierte soziale Austausch* von Wissen, Fähigkeiten und Erfahrungen bildet die qualitativ neue Basis des „*Social & Political Network*“.

7. Dieses Potential öffnet sich – ausgehend von einem weitgehend selbstreferentiellen, Netz affinen Kreis (Netzaktivisten, Nerds, Künstler) – nunmehr dem breiten Publikum vermittelt gestalterischer (ajax interfaces) und technischer (web 2.0, social platforms, open source usw.) Entwicklungen. Zugleich bewegt sich die immer rasantere und breitere Entfaltung von Political Network bezogen auf eine translokale netzgestützte politische Partizipation und Bildung vorerst noch im Stadium einer strukturellen Selbstfindung bzw. Simulation.

Dies erscheint in folgenden Dimensionen:

- *unterstützende Dimension (Net-Providing),*
- *adaptive Dimension (Net-Modification),*
- *aufklärende Dimension (Net-Clearing),*
- *distributierende Dimension (Net-Retweeting, Net-Feeds)*
- *gemeinschaftsbildende Dimension (Net-Community)*
- *konfrontative/subversive Aktion (Net-Attack)*
- *transpolitische Dimension (Net-Polis).*

Die Erscheinungsformen dieser Dimensionen modifizieren, kommentieren oder attackieren die gegenwärtige lokale bzw. nationale und internationale politische Praxis, überformen und verändern diese und bereiten den Boden für eine sich entfaltende *translokale*, direkt-demokratische Netzpolitik.

8. Die genannten Dimensionen der politisch relevanten Netzkommunikation bilden allein schon deshalb Elemente einer künftigen translokalen politischen Bildung und Partizipation, weil sie die herrschende Sender-Empfänger-Hierarchie relativieren und qualitativ neue *Möglichkeiten der Eigenaktivität, Vernetzung und Selbstorganisation* entfalten. Zugleich leisten sie einen enormen Beitrag zur Intensivierung der politisch relevanten Kommunikation und Reflexion. Allerdings müssen auch innere Widersprüche der politisch motivierten Netzplattformen bzw. Netzdemokratie benannt werden.

Diese resultieren unter anderem aus

- dem meist temporären Charakter bzw. einseitigen Aktualitätsbezug
- der Fragmentierung von Themen und Wahrnehmungsweisen
- der Zufälligkeit und Unverbindlichkeit von Beteiligungen
- dem Nebeneinander von Netzaktivitäten, Net-Communities und realen Bewegungen
- der Fixierung auf Parteien, Einzelpersonen, Organisationen oder Unternehmungen
- den weiter bestehenden Barrieren hinsichtlich des Usability (Expertentum)
- der Zentrierung auf Defizite und Defekte herrschender Politik
- dem Mangel an tiefgehenden politischen Analysen, Konzepten und Alternativen
- den Widersprüchen zwischen funktionalen, gestalterischen und inhaltlichen Dimensionen
- der latenten Halböffentlichkeit der netzgestützten politischen Kommunikation
- den kulturellen, biografischen und mentalen Differenzen zwischen den Netz-Sozialisierten (Net-Natives), den Netz-Immigranten sowie den Netzfernen.

9. Die im Kontext des 90 Jahrestages der Weimarer Verfassung erfolgte Freischaltung der Plattform *Virtuelles Parlament* (VIPA) im August 2009 stellt einen ersten Versuch dar, alle geschichtlich herausgebildeten funktionalen Elemente (Foren, Ausschüsse, Plenum, Abstimmung) sowie die politischen Gestaltungsfelder einer demokratischen Gesellschaft als offen zugängliche Orientierungs-, Navigations- und Kommunikationsstruktur bereitzustellen. Dies ist mit der Intention einer parteiunabhängigen, persönlichen und zugleich kollaborativen Selbstorganisation von politischer Analyse, Ziel- und Entscheidungsbildung sowie Abstimmung verbunden. Damit bildet der VIPA-Prototyp ein Modell für grundlegende Transformationen in Richtung einer neuen strukturellen Praxis von Netzdemokratie mit potenziell unterschiedlichen lokalen, translokalen und globalen Anwendungen bzw. Reichweiten. In diesem Kontext versteht sich die Plattform www.virtuellesparlament.de als ein politischer Bildungs-, Wissens- und Entscheidungsgenerator. Das berührt sowohl neue Formen der politischen Wahrnehmung und Bildung als auch die praktische Entfaltung einer translokalen und direkten politischen Partizipations-Demokratie. Zu untersuchen ist in diesem Kontext das Verhältnis von virtueller Simulation und Modellierung auf der einen sowie realer, das heißt immer auch lokal, sozial und praktisch verankerter, politischer Bewegung und Neu-Konstituierung.

Weiter reichende Informationen zur Theorie der Netzdemokratie sowie zum Aufbau und zur Funktionsweise des *Virtuellen Parlaments* unter www.virtuellesparlament.de

B) Julia Bonk (MdL)

Julia Bonk ist Sprecherin für neue Medien und Datenschutz im Arbeitskreis IV der sächsischen Linksfraktion im Dresdner Landtag. In ihrem Beitrag auf der Konferenz Digitale Demokratie ging sie auf die Zusammenhänge zwischen den technischen Möglichkeiten und Realitäten der Kommunikation im Internet und den Verfahren politischer Entscheidung ein. Ihr Beitrag wurde durch die Annahme geleitet, dass das Internet nicht per se demokratisch sei, sondern erst durch den Gebrauch der Nutzer dazu gemacht wird.

Mit der technischen Einführung neuer Medien kommt es immer auch zu gesellschaftlichen Veränderungen. Medien entscheiden über das Format von Informationen und die Präsentation von Gemeinschaftlichkeit. Entscheidend für das Medium ist immer auch die Frage nach Einfluss und Kontrolle sowie dem Verhältnis zwischen Sender und Empfänger. Die Referentin konstatiert, dass ein Medium in seiner Nutzung durch gesellschaftliche Faktoren eingebunden ist. Beispielsweise konnte Radio- und Fernsehen nicht gleichermaßen Sender und Empfänger vereinen, da die staatlichen Gesetze auf Einschränkung und Lizenzschutz ausgelegt waren. Mit der Einführung des Internets bekommt die Hoffnung auf ein egalitäres Medium jedoch wieder neuen Aufwind. Demnach darf das Internet nicht allein als Unterhaltungsmedium aufgefasst werden, sondern vielmehr als Organisations- und Kommunikationsmedium. Gerade weil das Internet dem Nutzer zugleich die Möglichkeit der Rolle des Senders und Empfängers zuspricht und sich Menschen über das Netz vielfältig organisieren und informieren können, spricht nach Ansicht der Referentin wenig für eine zentrale, staatliche Regulierung des Internet. Dabei wird nicht bestritten, dass auch das neue Medium Internet gemeinsame, verbindliche Regeln benötigt, die beispielsweise auch durch staatliche Gesetzgebungsverfahren vorangebracht werden könnten. Aktuell bezieht sich der Aktivismus jedoch ausnahmslos auf massenhafte Datenspeicherung und die offensive Verteidigung des Urheberrechts bezieht.

Nach Auffassung der Referentin sei derzeit ein stark gestörtes Verhältnis zwischen staatlicher Politik und dem Aktivismus der Netzgemeinde vorhanden. Auf der einen Seite versucht man mittels Wikis und Videoplattformen Informationen ins Netz zu stellen, die staatliche Institutionen

kontrollieren und über sie aufklären sollen. Die andere Seite des Tisches will hingegen den anarchistisch anmutenden Charakter des Netzes beschneiden und unter ihre Kontrolle stellen.

Es braucht aber neue Verständigungen über Netzpolitik zwischen Staat und Bürgern, damit ist nicht zuletzt auch die Frage nach der Demokratie in der digitalen Gesellschaft verbunden. Der Kontrollstaat gefährdet dieses Verhältnis und sorgt für sinkendes Vertrauen der Bürger in den Staat und die Politik. Gleichzeitig wirft das Internet jedoch Fragen auf, beispielsweise nach Identifikation von Nutzern und verbindlichen Regeln, die weder alleine durch die Netzgemeinde noch durch den Staat behoben werden können.

Das Internet sticht besonders durch seinen Hang zur Selbstorganisation hervor. Die technische Infrastruktur, welche durch Foren, Soziale Netzwerke und Blogs zur Verfügung steht, schafft erstmals eine massenhafte Verwendung dieser neuen Kommunikationsformen. Damit verbindet sich eine Verschiebung von vertikalen Diskursen zu horizontalen Dialogen und die Möglichkeit von der Realisierung herrschaftsfreier Öffentlichkeit. Die schon vorher bestehenden Medien werden also ergänzt durch Räume des freien Ausdrucks, die nämlich dadurch konstituiert sind, dass bereits Bekanntschaft oder sogar Werte miteinander geteilt werden.

Diese Entwicklung kann symbolisch anhand der Wissensplattform „Wikipedia“ verdeutlicht werden: Gerade hier stellen sich die wichtigen Fragen des digitalen Zeitalters. Wikipedia scheint gegen die Gatekeeping Funktion von Verlagen und Redaktionen zu verstoßen, gleichzeitig bilden sich aber auch hier Hierarchien. Die Utopie von Wikipedia ist die freie Zugänglichkeit des menschlichen Wissens unabhängig von begrenzenden Ressourcen. Es verbindet sich damit die Frage nach dem Verhältnis von Qualität und Quantität - Sind die wenigen weniger fehleranfällig als die vielen? Weitere Beispiele für Selbstorganisation im Netz sind die Sozialen Netzwerke welche beispielsweise Informationen teilen und weitergeben und damit Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse nehmen.

Es kann zusammen gefasst werden, dass die interaktive Kommunikation den Ausgangspunkt für die neue Qualität der Kommunikation im Internet bildet, indem sie Selbstorganisation erheblich erleichtert und in bereits in hohem Maße hervor bringt. Dies hat schon jetzt Auswirkungen innerhalb verantwortlicher Institutionen und wird dies weiterhin möglicherweise auch strukturell haben. Angesichts der neu entstehenden privat-öffentlichen Bereiche entsteht eine andere Form von Öffentlichkeit, von der auch Handlungsansätze ausgehen.

Zum Abschluss ihres Beitrags greift die Referentin noch einmal Fragen zur politischen Öffentlichkeit im Netz auf. Das Internet ist gerade auch ein politischer Raum, welcher zum Marktplatz sozialer, politischer, kultureller Ideen werden kann – einer digitalen Agora. Gleichwohl sich damit auch eine Utopie verbindet, sind nach Meinung der Referentin bereits heute progressive Entwicklungen vorhanden. Die Möglichkeit der Abgabe von elektronischen Petitionen beim Deutschen Bundestag mag banal klingen, damit einher geht aber auch die Mitzeichnungsoption durch andere Nutzer, welche nicht selten mit ausführlichen Diskussionen zur Forderung der Petition verbunden sind. Die Fraktion, DIE LINKE im Dresdner Landtag hat sich für eine Einführung dieser Verfahren auch im Freistaat ausgesprochen. Auch Methoden der direkten Demokratie, wie beispielsweise Volksbegehren im Freistaat Sachsen, ließen sich hiermit verbinden. Das Internet könnte dafür Diskussions- und Interaktionsmedium sein. Auch das Gesetzgebungsverfahren im Rahmen parlamentarischer Arbeit kann durch das Netz zur Kommunikationsinstanz zwischen Politik und Bürgern werden: Gesetzesvorhaben könnten vorab im Internet veröffentlicht und einer Diskussion zugänglich gemacht werden.

Die Nutzung jeder Technologie wird sozial bestimmt, die jeder neuen Technologie davon, wie die Weichen gestellt werden. In diesem Sinne vielen Dank für Ihre und eure Aufmerksamkeit und ich freue mich auf die Diskussionen.

C) Christoph Meißelbach

Christoph Meißelbach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Dresden und hat in den vergangenen Jahren bereits zu dem Thema Digitale Demokratie geforscht. Von ihm erschienen ist eine Studie unter dem Namen „Web 2.0 - Demokratie 3.0? Demokratische Potenziale des Internets“, der eine Untersuchung der Nutzung von Potenzialen für den Prozess der Demokratisierung zu Grunde liegt. Auf der Konferenz stellte Meißelbach seine zentralen Thesen vor und ging dabei besonders auf einen „Reality-Check“ der Chancen des Internets ein.

Zu Beginn seines Vortrags ging Meißelbach auf verschiedene Demokratiemodelle ein und beleuchtete deren Strukturen in Bezug auf Herrschaft und Bürger. Die attische Demokratie aus dem antiken Griechenland kann demnach als „Demokratie 1.0“ bezeichnet werden. Entscheidungen wurden von den Bürgern direkt im Rahmen der Versammlungen (Agora) getroffen. Moderne Gesellschaften sind schließlich komplexer und stärker differenziert, so dass Entscheidungen nicht mehr durch plebiszitäre Versammlungen getroffen werden, sondern vielmehr durch repräsentative Institutionen wie beispielsweise Parlamente und Ausschüsse. Dieses Modell wurde von Meißelbach als Demokratie 2.0 bezeichnet. Die Demokratie 3.0 schließlich Könnte – so die Hoffnung vieler – eine Synthese dieser beiden „Demokratie-Versionen“ sein, die starke Partizipation der Bürger auch in komplexen Gesellschaften möglich macht. Das Internet als dezentrale Kommunikations- und Interaktionsinstanz vernetzt die Menschen und könnte eine „digitale Agora“ schaffen. Im Folgenden will Meißelbach zwei zentralen Thesen nachgehen. Zum einen geht es um die Frage, ob das Internet ein demokratisches Medium ist und zum Anderen, soll geprüft werden, ob die im Internet vorhandenen Potenziale tatsächlich allen Gesellschaftsmitgliedern gleichermaßen zukommen.

Zu Beginn der Analyse wirft Meißelbach einen Blick auf die Sozialstruktur des Internets. Quelle dafür sind die aktuellen ARD/ZDF Studien zur Internet Nutzung. Noch in den 1990er Jahren galt der Soziotyp des Internetnutzers als jung, männlich und gut gebildet. Besonders Frauen, ältere Menschen und Personen mit niedrigen Schulabschlüssen blieben der Entwicklung fern. Moderne Studien zeigen allerdings, dass die Rate der Nutzer in allen Bereichen zugenommen hat. Doch auch die aktuellen Zahlen bestätigen die digitale Spaltung der Gesellschaft. Besonders lassen sich dabei zwei Faktoren benennen. Je höher die Bildung und das Einkommen desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit eines eigenen Internetanschlusses und dessen Nutzung. Jedoch auch Frauen sind weiterhin (wenn auch nur wenig) seltener online als Männer und trotz der Zugewinne bleiben viele ältere Menschen offline. Demzufolge stellt die Gesamtzahl der Internetnutzer in Deutschland kein repräsentatives Abbild der Gesellschaft dar. Schaut man sich die Entwicklung global an, fallen noch krassere Verschiebungen auf. Zum einen befindet sich sowohl die physikalische Infrastruktur (Server, Datenleitungen) als auch Nutzungszentren wie Google, Facebook oder Twitter vor allem in den USA und Westeuropa, zum anderen haben in vielen Erdteilen die Menschen keinen Computer oder Laptop zur Verfügung um das Internet überhaupt nutzen zu können. Meißelbach kommt schließlich zu dem Resultat, dass das Internet besonders so genannte „Unterprivilegierte“ außen vor lässt und somit nicht allen Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen Zugang gewährt. In einem zweiten Schritt präsentiert Meißelbach Befunde zum Nutzerverhalten und kommt dabei zu einer ähnlichen Einschätzung. Menschen die das Internet aktiv, selbstbewusst und dauerhaft nutzen sind überproportional jüngere Menschen mit hohem Bildungsabschluss, wohingegen andere Gruppen bei der Nutzung wesentlich passiver und zurückhaltender sind.

Im zweiten Teil seines Vortrags will Meißelbach schließlich gesellschaftliche Akteure und deren Verbindung zum Netz und seinen Potenzialen untersuchen. Auf der Konferenz beschränkte er sich dabei im Wesentlichen auf zivilgesellschaftliche Initiativen und Massenmedien. Zunächst kann festgestellt werden, dass zivilgesellschaftliche Initiativen, also beispielsweise NGOs und Bürgerinitiativen von den Entwicklungen des Internets profitieren. Besonders Gruppen, die auf

kurzfristige Ziele fokussieren, können sich über das Netz leichter und effizienter intern organisieren und nach außen vernetzen und darstellen. Als Beispiel nennt Meißelbach Betroffene einer seltenen und auch nicht geografisch gehäuft auftretenden Krankheit. Diese können sich nun über das Internet mit seinen Foren und Netzwerken eine Plattform bilden. Sie sparen dabei Ressourcen wie Zeit und Geld. Akteure die bereits vor dem Internetzeitalter einen hohen Organisationsgrad aufwiesen, beispielsweise Gewerkschaften und Parteien können jedoch nicht gleichermaßen durch das Netz neue Potenziale ausschöpfen. Meißelbach konstatiert, dass unter anderem deswegen der gesellschaftliche Pluralismus durch das Internet gestärkt werden kann, was als eine Weiterentwicklung der Demokratie aufgefasst werden kann. Auch bei der Informationsweitergabe kann eine bedeutende Entwicklung durch das Internet festgestellt werden. Entgegen dem Agenda Setting der Massenmedien können populäre Themen aus den Sozialen Netzwerken bei entsprechender Verbreitung auch zu einer vermehrten Verwendung in den Massenmedien führen. Wenn Themen bei Facebook von Millionen Nutzer „geliked“ werden, können dies die Massenmedien kaum mehr ignorieren. Der Einfluss der Bürger auf die Informationsverbreitung wird damit gestärkt. Meißelbach sieht aber auch hier Probleme in Bezug auf Potenziale des Internets. Zum einen könne der Amateurjournalismus aus den Blogs und Netzwerken den Qualitätsjournalismus gefährden, gleichzeitig ist aber auch weiterhin eine starke Fokussierung auf Massenmedien im Internet zu beobachten. Studien zeigen, dass die Portale der Massenmedien auch im Internet zu den beliebtesten gehören und am häufigsten aufgesuchten sind. Die Ausweitung des Amateurjournalismus zeige einerseits die Tendenz der Demokratisierung des Informationsflusses, andererseits führe dies auch zu einer Fragmentierung der Gesellschaft, so dass bestimmte Interessengruppen starken Einfluss auf das Agenda Setting bekommen. Als Beispiel nennt Meißelbach die medienwirksame Kampagne dutzender Aktivisten für den Präsidentschaftskandidat Joachim Gaucks während der Wahlen zum Bundespräsidenten 2010. Eine wichtige Aufgabe der Massenmedien ist nach Meißelbach die Sicherstellung gemeinsamer Wissens- und Deutungsbestände welche gesellschaftliche Diskurse ermöglichen. Dies wäre mit einer stärkeren Fragmentierung der Öffentlichkeit jedoch weiter erschwert.

Im letzten Punkt seines Vortrags schaut Meißelbach auf den Bürger, welcher im Kontext von optimistischen Konzepten digitaler Demokratie als über das Internet gut informierter und zum Mitgestalten motivierter Hoffnungsträger erscheint. In wie weit können aber normale Bürger von den Entwicklungen des Internet profitieren? Am Anfang der Analyse steht wieder der Blick auf Potenziale. Das Internet verspricht mehr Informationsfreiheit, neue Beteiligungsformen sind möglich und die Bürger können stärkeren Druck auf Parteien und Regierung ausüben. Jedoch zeigen Studien, dass das Internet keinen mobilisierenden Einfluss in Bezug auf politische Partizipation zu haben scheint. Politisch interessierte Bürger nutzen besonders häufig das Internet für politische Zwecke, die große Mehrheit der Bürger fokussiere lediglich auf den Unterhaltungs- und Kommunikationsaspekt des Netzes. Zusammenfassend geht Meißelbach also davon aus, dass das Internet eher zu einer Verstärkung des Einflusses von Informations- und Positionseliten führt. Gesellschaftliche Gruppen die auch vorher an politischen Prozessen und Entscheidungen teilnahmen, haben nun über das Internet neue und verbesserte Möglichkeiten. Eine Ausschöpfung der Potenziale des Internets in Bezug auf eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft wie es eine „digitale Agora“ verlangen täte, bleibt nach dieser Darstellung zunächst aus. Meißelbach weist außerdem besonders auf den Aspekt des Datenschutzes und der informellen Selbstbestimmung hin. Wenn das Netz künftig stärker für Politik genutzt würde, brauche es dafür hohe Sicherheits- und Datenschutz-Standards, die „für alle“ - also als öffentliches Gut - durchzusetzen Aufgabe des Staates ist.

3.) Workshopphase

A) Workshop I Mehr politische Beteiligung durch Web 2.0

Zur Vertiefung der Thesen und Ergebnisse aus den Einführungsvorträgen wurde im ersten Workshop auf der Konferenz ausführlich beraten und diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei die Vorstellung von drei Projekten und Initiativen, welche das Internet als Kommunikations- und Mobilisierungsmedium für eine demokratische Gesellschaft begreifen. Die drei Projekte werden auch im Rahmen dieser Dokumentation kurz vorgestellt. Abschließend erfolgt eine Zusammenfassung der Diskussion aus dem Workshop.

Campact e.V.

Das Netzwerk Campact e.V. versteht sich selbst als E-Campaigning, womit die Verbindung von politischen Kampagnen und Mobilisierung bzw. Organisation über das Internet gemeint ist. Dies lässt sich am ehesten als eine Form der Gegenmacht von Bürger_innen zu wirtschaftlichen Lobbyinteressen verstehen. Über Campact wird eine massenhafte, politische Meinungsäußerung in kurzer Zeit realisiert. Das Netzwerk besteht seit 2005, es vernetzt mehr als 350 000 Menschen und deckt ein weites Feld sozial-ökologischer Themenspektren ab. Campact arbeitet eng mit NGOs und anderen Akteuren zusammen. Zu den bisher erfolgreichsten und bekanntesten Aktionen gehörten Proteste gegen Genmais in Deutschland, Forderungen nach der Offenlegung von Nebeneinkünften der Politiker_innen sowie Proteste gegen Atomkraft in Deutschland. Die Funktionsweise von Campact bezieht sich immer auf konkrete Prozesse, beispielsweise Gesetzesvorhaben, in deren Rahmen klare Forderungen aufgestellt werden. Die Methoden reichen von massenhaften E-Mail Schreiben an Politiker_innen oder andere Akteure, über öffentlichkeitswirksame Aktionen bis hin zu Massenprotesten im öffentlichen Raum. Auch Soziale Netzwerke wie „facebook“ werden für die Kampagnen verwendet. Campact vertritt dabei die These, dass Kampagnen dann erfolgreich sind, wenn elektronische und reale Proteste verbunden werden. Das Netzwerk greift dabei sowohl lokale Themen auf, als auch bundesweite und globale Probleme. Über die Internetseite werden beispielsweise Bilder von Aktionen veröffentlicht, Plakate können runtergeladen und kopiert werden. Bei Campact soll versucht werden, das vorhandene Knowhow und die vielfältigen Aktionsformen zu verbinden, so dass eine wirkmächtige Protestform gebildet werden kann.

Mehr Informationen dazu unter: <http://www.campact.de/>

Liquid Democracy

Hinter dem Namen Liquid Democracy verbirgt sich zum einen ein gemeinnütziger Verein von 25 Mitgliedern und zum anderen eine Software mit dem Namen „Adhocracy“ welche für demokratische Entscheidungen und Prozesse eingesetzt werden kann. Die Idee hinter Liquid Democracy geht zurück auf theoretische Überlegungen zur modernen Demokratie und der Partizipation von Bürger_innen in Gesellschaft und Staat. Der Verein versucht mit seiner Software ein neuartiges Demokratiekonzept umzusetzen, welches sich als Brücke zwischen direkter (Volksabstimmung etc.) und parlamentarischer (Wahlen, Fraktionen, Ausschüsse) Demokratie versteht. Beide Konzepte haben nach Ansicht von Daniel Reichert (Liquid Democracy) Vor- und Nachteile. Während die Formen der direkten Demokratie zwar mehr Bürger_innen über eine Frage abstimmen lassen, ermöglichen sie keinen breiten Diskurs, d.h. die Bürger_innen können nicht von Anfang an am Prozess teilhaben. In der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie wird ein breiter Diskurs ermöglicht, d.h. es gilt der Minderheitenschutz und es wird versucht nach einem

Kompromiss zu suchen, allerdings ist dieser Diskurs weitgehend auf die Akteure des Parlamentarismus beschränkt. Die Software Adhocracy, welche vom Verein kostenlos angeboten wird und als Open Source verfügbar ist, will von beiden Verfahren positive Ansätze übernehmen, setzt aber den Schwerpunkt auf die stärkere Einbindung der Nutzer_innen (z.B. Bürger_innen eines Staates) in die demokratischen Prozesse. Die Software ermöglicht eine Struktur welche aus zwei Stufen besteht: Die Basis einer Organisation bilden Normen, diese gelten verbindlich für alle und können durch die zweite Stufe, Vorschläge, verändert werden. Bis es dazu kommt, wird jedoch vielfältig diskutiert und abgestimmt. Die Software überlässt die Entscheidung, wann in welchen Prozess eingegriffen werden kann, dem/der Nutzer_in. Man kann beispielsweise an einem Gesetzestext mitwirken und lediglich sein Interesse bekunden, später aber an der Abstimmung teilhaben. Dieses Prinzip findet derzeit Anwendung bei der Partei DIE.LINKE im Rahmen der elektronischen Programmdebatte sowie bei der Piratenpartei. Außerdem wurde die Software im Auftrag der Enquete Kommission Internet und Digitale Gesellschaft beim Deutschen Bundestag eingesetzt. Hier ist es nun nach Reichert erstmals möglich, dass Bürger_innen direkt in den Diskussions- und Meinungsbildungsprozess der Fraktionen eingreifen können.

Mehr Informationen dazu unter: <http://liqd.net/>

Bürgerhaushalte

Bürgerhaushalt ist die Bezeichnung für ein Verfahren im Rahmen von Haushaltsberatungen einer Kommune oder eines Bezirks. Heute existieren dutzende verschiedene Varianten des Bürgerhaushalts weltweit, so dass keine allgemeine Definition vorliegt. Der erste Bürgerhaushalt weltweit fand im brasilianischen Porto Alegre 1989 statt. Viele Modelle werden daher auch mit diesem Originalkonzept verglichen. Die Idee globalisierte sich auch im Kontext der Lokalen Agenda 21, einer Initiative der Vereinten Nationen für nachhaltige Politik. Unter dem Slogan „Global denken, lokal handeln“ sollte u.a. das Bürgerengagement und die Beteiligung von Bürger_innen gestärkt werden. Inzwischen existieren Bürgerhaushalte in nahezu allen europäischen Ländern und auch in vielen deutschen Kommunen. Die Umsetzung fällt dabei jedoch sehr verschieden aus. Zum Teil gibt es Konzepte welche die Bürger_innen von Anfang an in die haushaltspolitischen Entscheidungen mit einbeziehen, zum Teil werden auch nur Haushalte transparent gemacht und Bürger_innen haben die Möglichkeit des Einspruchs bzw. der Petition. Es lassen sich jedoch wenige Regeln festhalten, die für einen Bürgerhaushalt gelten sollten. Zunächst müssen die komplizierten haushaltspolitischen Papiere veröffentlicht werden, so dass die Bürger_innen eine Einsicht haben. Des Weiteren beziehen sich Bürgerhaushalte immer nur auf konkrete finanzielle Beratungen und Diskussionen einer Kommune oder eines Bezirks. Es handelt sich dabei um ein kontinuierliches Verfahren, dass zu jeder neuen Haushaltsberatung wiederholt werden muss. Entscheidend ist auch, dass die Bürger_innen zu ihren Einsprüchen und Mitsprachen eine Rechenschaft durch die Stadt bekommen müssen. Alle Verfahren unterliegen letztlich bestimmten Regeln die vorab festgelegt werden müssen. Im Rahmen des Workshops sollten vor allem Verfahren gezeigt werden, welche Beratung, Abstimmung und Veröffentlichung der Bürgerhaushalte über das Internet bzw. elektronisch umsetzen. In Deutschland gab es bis 2005 vor allem das Verfahren nach Information – Konsultation – Rechenschaft. Seit 2005 versucht jedoch die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) und die Servicestelle Kommunen in einer Welt für den weiteren Ausbau der Bürgerbeteiligung zu werben. Auf einem Online Portal haben die Nutzer_innen die Möglichkeit sich über den Stand und Nutzung von Bürgerhaushalten in Deutschland zu informieren. Gegenwärtig zeigt eine Karte, dass in den meisten Städten entweder über die Einführung des Bürgerhaushalts diskutiert wird oder dass dies bereits zum ersten Mal geschehen ist. Nur wenige Kommunen haben bereits kontinuierliche Verfahren aufgestellt. Der

Referent wollte abschließend am Beispiel der Stadt Leipzig das Verfahren von Bürgerhaushalten über das Internet verdeutlichen.

In der Stadt Leipzig wird seit Längerem versucht, ein Bürgerhaushalt aufzubauen. Angefangen mit ersten Schritten bei den Stadtbezirksbeiräten sowie dem Ausbau von informellen Netzwerken bis hin zum Jahr 2007 als erstmals eine Initiative die Veröffentlichung des Haushalts im Internet anstrebte. Das Internet wurde dabei genutzt für den Aufbau eines Portals, welche Bürger_innen zur Information über den Haushalt nutzen können. Jedes Jahr haben sie die Möglichkeit die genauen Posten für die einzelnen Bereiche einzusehen mit Hilfe eines Haushaltsrechners eigene Vorschläge zu machen. Diese werden dann der Kommune vorgelegt. Die Stadt Leipzig fördert diese Maßnahme nach Meinung des Referenten jedoch nur ungenügend, beispielsweise existiert keine flächendeckende Bewerbung. Auch die Kommunikation mit den Behörden gestaltete sich anfangs sehr schwierig. Im Rahmen der Beratungen 2011 kam es zu einem starken Anstieg der Nutzer_innen von 50 Personen auf 500. Eigene Vorschläge wurden besonders im Bereich der Freien Kulturszene und der Jugendhilfe eingebracht. Gleichwohl das Internet die Beratungen und Diskussionen zum Haushalt beflügelt, kommt es nicht zur Umsetzung eines richtigen Bürgerhaushalts in Leipzig. Die Fraktionen des Stadtrates und die Behörden informieren zwar die Bürger_innen über die Folgen zu ihren Einwänden, entscheiden aber letztlich nahezu unabhängig darüber. Das Portal bietet zudem keine Möglichkeiten der Kommunikation unter den Nutzer_innen, lediglich Fragen an die Betreiber können versandt werden. Der Referent ging kurz auf andere Modelle in Deutschland ein. Die Stadt Köln beispielsweise mobilisiert ihre Bürger_innen zur Nutzung des Bürgerhaushalts, außerdem werden die Bürger_innen bereits in der Planungsphase eingebunden. Es finden zahlreiche Diskussionen und Abstimmungen statt.

Mehr Informationen dazu unter: <http://www.buergerhaushalt.de>

Aus den Diskussionen:

Im Workshop wurden neben zahlreichen Sachfragen zu den einzelnen Projekten vor allem immer wieder Diskussionen zu der These, dass Demokratie durch die digitale Kommunikation ausgebaut werden kann, geführt. Zunächst wurde festgestellt, dass alle drei Projekte Potenziale enthalten, welche vielfältige angewendet werden können. Zum einen ist das Internet vor allem ein Kommunikationsmedium und kann über technische Verfahren wie die Software *Adhocracy* für einen Demokratieausbau genutzt werden. Zum anderen lassen sich über eine kluge Verbindung von Online- und Offline Aktivitäten politische Ziele umsetzen. Was es aber braucht, sind verbindliche Regeln, welche die Wirksamkeit von Internet-Interaktionen sicher stellen. Beispielsweise wäre die Beteiligung an einem Bürgerhaushalt wenig reizvoll, wenn die Behörden und die politischen Parteien keinerlei Spielraum für Entscheidungen und Beratungen frei machen. Außerdem wurde der Aspekt der politischen Bildung diskutiert. Einerseits fand eine kontroverse Debatte über das Feld der Politik statt, so dass man einerseits sagen kann, dass die meisten Menschen das Internet ausschließlich für nicht politische Zwecke nutzen, andererseits wurde festgestellt, dass auch soziale und kulturelle Bereiche tief mit politischen Fragestellungen verbunden sind und es somit ratsam sein könnte, das Verständnis von politischen Bereichen auszudehnen. Unbestritten ist aber, dass Menschen mit hohem politischem Interesse das Internet stärker für politische Aktivitäten nutzen. Zentrale Aufgabe ist daher auch die Förderung politischer Bildung, beispielsweise über interaktive Portale im Internet.

B) Workshop II BürgerInnenrechte im Netz: Netzneutralität, E-Signatur, Datenschutzbestimmungen

Im zweiten Workshop der Konferenz wurde sich speziell den Risiken der modernen Kommunikation in einer digitalen Gesellschaft gewidmet. Den Anfang bildeten zwei Input Statements von einem Vertreter des AK Vorratsdatenspeicherung aus Berlin und der Abgeordneten Julia Bonk (MdL). Weiterhin nahm ein Mitarbeiter des sächsischen Datenschutzbeauftragten an dem Workshop teil. In dieser Broschüre werden die Einführungsstatements dokumentiert.

Beitrag AK Vorratsdatenspeicherung Berlin

Zu Beginn des Workshops gab es kurze Statements von den anwesenden Referent_innen. Ein Vertreter des AK Vorratsdatenspeicherung Berlin stellte dabei sowohl die Initiative vor als auch seine Thesen zur gegenwärtigen Netzpolitik. Der AK Vorrat ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Datenschützer_innen und Bürgerrechtler_innen und gründete sich 2006 in Abwehrhaltung zu der geplanten Massenspeicherung von Telekommunikation und Internet (Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung). Der AK Vorrat existiert inzwischen in vielen Städten und wird über eine bundesweite Mailingliste organisiert. Seine Aktivitäten bestehen aus Vorträgen und Veranstaltungen, öffentlichen Statements im Rahmen von Debatten sowie politischen Kundgebungen wie beispielsweise der Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 11. September 2010. Neben der Vorratsdatenspeicherung wird auch die aktuell, von der Bundesregierung geplante Volkszählung scharf kritisiert sowie weitere Speicherpraxen von Staat und Unternehmen. Der Vertreter des AK Vorrat vertrat auf der Konferenz wichtige Thesen, die hier zusammengefasst dokumentiert werden sollen.

Die Demokratie setzt mündige Bürger_innen voraus, welche sich anonym ihre Meinung bilden können und äußern sollen. Die Massenspeicherung von Daten sorge hingegen für Verunsicherung der Bürger_innen. Die Gesellschaft unterliegt einem digitalen Wandel. Gleichwohl es 1983 ein Urteil zur Volkszählung durch das Bundesverfassungsgericht gab, welches die Privatsphäre als zu schützendes Gut durch den Staat definierte, sieht die Gegenwart gänzlich anders aus. Immer mehr Daten werden erhoben, gespeichert, verbreitet und ausgetauscht. Einerseits sieht sich der Staat der freiwilligen Hingabe vieler privater Daten und bewussten Erfassung durch Unternehmen weitgehend hilflos gegenüber, andererseits wird er selber zum Datensammler. Neben der Vorratsdatenspeicherung betreffe dies vor allem auch die Straf- und Justizbehörden, welche in regelmäßigen Abständen nach mehr Kontrolle durch den Staat verlangten. Gleichwohl beispielsweise die Aufklärungsquote bei Kriminalität, welche im Internet verübt wurde bis zu 25% höher liege als bei allen anderen Fällen, verlangt das BKA nach mehr Befugnissen. Bezeichnenderweise existieren aber bei den polizeilichen Stellen nur wenige Jobs für konkrete Aufklärung, so dass der Eindruck entsteht, es ginge dem Staat nur um die systematische Überwachung der Bürger_innen. Die massenhafte Erfassung von Daten führe zahlreiche Gefahren mit sich: Beispielsweise könnten Krankendaten zu einer Diskriminierung führen, Altersabfragen im geplanten neuen Jugenschutzmediestaatsvertrag würden außerdem jüngere Internetnutzer diskriminieren. Auch die Kontroverse um den elektronischen Personalausweis wird aufgenommen. Die dort verwendeten RFID Chipsätze enthalten gravierende Mängel und können leicht ausgespäht werden. Das digitale Zeitalter werfe weiterhin verschiedene Fragen auf, die sich teilweise widersprechen. Einerseits begrüßt der AK Vorrat, dass der politische Prozess zunehmend nachvollziehbarer durch den Bürger wird. Sitzungen von Ausschüssen und Parlamentsdebatten sind im Internet zu verfolgen, wichtige Texte und Papiere leicht abzurufen, das Beispiel „Abgeordnetenwatch“ wird positiv benannt. Es geht also um maximale Nachvollziehbarkeit von

politischen Prozessen. Andererseits müsse gerade in einer digitalen Gesellschaft, welche massiv elektronisch kommuniziere, gerade die Anonymität der Nutzer_innen gewahrt bleiben. Der Vertreter des AK Vorrat fasst dies abschließend zusammen: In einer digitalen Gesellschaft ist jeder Mensch ein potenzieller Informant und muss entsprechend geschützt werden. Anonymität ist dabei wichtigste Voraussetzung. Offen blieb aber die Frage, wer diese Anonymität gewährleisten soll?

Mehr Informationen dazu: <http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

Beitrag Julia Bonk (MdB)

Die Abgeordnete Julia Bonk (MdB) nahm zahlreiche Thesen und Fragen aus der Diskussion der Konferenz und des Workshops auf und formulierte eigene Statements zur Netzpolitik. Diesen sollen hier kurz dokumentiert werden. Auch Julia Bonk vertrat die These, dass Anonymität wichtig für den Meinungsbildungs- und Meinungsäußerungsprozess der Bürger_innen in einer Demokratie ist. Ein Kontrast dazu ist die gegenwärtige Speicherpraxis des Staates beispielsweise durch die Behandlung der IP-Adressen. Die Referentin sieht vor allem ein Problem bei der zunehmenden Kompetenzverschiebung von Bundestag und Bundesrat zur Europäischen Union. Dies mache es immer schwerer den Prozess nachzuvollziehen und in ihn einzugreifen. Das Internet sei nach ihrer Ansicht jedoch kein rechtsfreier Raum, auch hier werden die Straf- und Zivilgesetze angewendet. Dies ist auch sinnvoll, da beispielsweise im Internet Kaufverträge zu Stande kommen, dabei verbindliche Regeln gelten sollten. Bei der Interaktion im Netz müsse aber der Datenschutz oberste Priorität haben. Julia Bonk wirft in ihrem Beitrag die Frage nach der Identifizierung von Nutzer_innen auf. Will man das Internet für den demokratischen Prozess nutzen, beispielsweise E-Petitionen oder andere Unterschriften müsse ein Verfahren gefunden werden, welches sowohl Nachvollziehbarkeit als auch Datenschutz gewährleistet. Besonders kritikwürdig sei die Praxis rund um den elektronischen Personalausweis. Einerseits führe dieser zu einer systematischen Erfassung und Kontrolle, beispielsweise eine erschwerte anonyme Teilnahme an Demonstrationen, andererseits verlange dieser von den Nutzer_innen vor der Ausübung ihrer Bürger_innenrechte im Netz den Kauf von lizenzierter Hardware. Dennoch brauche man eine E-Signatur die politische Beteiligung ermögliche. Hierzu machte Julia Bonk einen Vorschlag, der im Workshop diskutiert werden könnte: Die Einwohnermeldeämter sollten sichere E-Signaturen für die Bürger_innen vergeben, welche diese für elektronische, demokratische Prozesse nutzen könnten. Abschließend wird noch eine Frage für die Diskussion eingeführt: Zentral ist eine Diskussion über Gesetze im Netz. Ist dies Aufgabe des Staates, beispielsweise die Gewährleistung von Netzneutralität oder das Verbot von unsicheren AGBs bei Sozialen Netzwerken oder müssen sich die Nutzer_innen autonom verbindliche Regeln schaffen?

4.) Dokumentation twitterwall

Das Programm und der Inhalt der Konferenz – *Digitale Demokratie – Zieht die Politik ins Internet um?* - sollten auch vor Ort erlebbar- und anwendbar sein. Alle Teilnehmer_innen bekamen dazu einen Internetzugang und die Möglichkeit über eine twitterwall Kommentare, Vorschläge und Ideen einzubringen. Voraussetzung dafür ist lediglich das Vorhandensein eines twitter Accounts. Im Folgenden wollen wir einige der Gedanken von der twitterwall dokumentieren.

Digitale Gesellschaft – politische Beteiligung

Bürgergesetzgebung: nur mit niedrigeren Quoren möglich

Zivilgesellschaftliche Interessengruppen sind die Gewinner der Digitalisierung, sagt Chr. Meißelbach (TU Dresden)

Kritik am Internet als Elitendiskurs blendet aus, dass die die 1. gedruckten Bücher nur von 2% gelesen werden konnte.

Mehr Beteiligung bei der Entscheidungsfindung - nicht nur Veröffentlichung der Ergebnisse! (zum Thema neue Transparenz)

Klaus Nicolai: mehr gemeinnützige Unternehmungen in dem Bereich, statt auf Staatlichkeit und Privatunternehmen zu orientieren

Klaus Nicolai: mehr gemeinnützige Unternehmungen in dem Bereich, statt auf Staatlichkeit und Privatunternehmen zu orientieren

Digitale Gesellschaft – Datenschutz, gesetzliche Regelungen

Datenschutz ist wie Sexualekunde. Kinder haben den Eltern mittlerweile einiges voraus, sind aber manchmal einfach zu sorglos.

Diskussion: "Hilft ein (dt.) rigoroses Verbot des Weiterverkaufs von Daten gegen die Sammelwut von #Facebook?"

Trotz #RFID im Ausweis unerkant auf Demos: <http://ow.ly/4d6vM> #tpn

5.) Zusammenfassung und Fazit

Julia Bonk, Organisatorin und Sprecherin der Konferenz äußerte sich nach der Tagung im Rahmen einer Pressemitteilung:

Es zeigt sich: Wir brauchen die digitale Agora, damit es neben der segmentierten Öffentlichkeit Raum für gemeinsame politische Diskussionen und Entscheidungen gibt. Reale Auswirkungen demokratischer Beteiligung im Netz auf die Entscheidungen der Politik müssen ausgebaut werden. In der Politik bleiben die Chancen des Internets bisher weitgehend ungenutzt. Mit Vorschlägen wie der Online-Massenpetition beim Sächsischen Landtag oder der digitalen Unterschrift bei der Volksgesetzgebung wollen wir die Bedingungen von Einflussnahme aufs politische System verbessern. Ausgangspunkt digitaler Demokratie sind interaktive Kommunikationsformen, um Bürger direkten Einfluss auf politische Prozesse zu ermöglichen und umgekehrt Politik wieder interessanter und erlebbarer zu machen. Mitbestimmung im Netz muss aber auch beinhalten, Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu gewährleisten. Anonymität bei der eigenen Meinungsbildung im Netz ist eine Voraussetzung von Demokratie, niemand soll zum „gläsernen Bürger“ werden, Vorratsdatenspeicherung widerspricht eklatant dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine Profilierung von Menschen durch ihre Daten verhindert.

Wir betrachten die Konferenz mit ihren vielfältigen Diskussionen, Inhalten und ersten Ergebnissen als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer vernünftigen Politik im Kontext der digitalen Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag wird sich auch zukünftig mit ihren Partner_innen für den Ausbau der Mitbestimmung und Beteiligung auf der einen, und konsequenten Datenschutz und Bürger_innenrechte auf der anderen Seite im Freistaat einsetzen.

Auf unserer Internetseite www.digitaledemokratie.de wollen wir Sie fortlaufend über aktuelle Vorhaben und Projekte informieren. Wir freuen uns auf ihren Besuch.